

und Großbritannien-Österreich sich über die Behandlung Sachsens und Polens nicht einigen konnten, wird vollständig ausgeblendet. Dabei hätte doch gerade dieses Junktim Sachsen-Polen (wir müssen uns wiederum Einzelheiten versagen) zum Zustand der deutschen Mitte des Kontinents viel aussagen können.

Auf die Gegenwart nach dem Fall der Berliner Mauer kommt der Autor in den letzten 60 Seiten seines Werkes zu sprechen. Auch da spannt er den Bogen viel zu sehr, wenn er die aktuell zu beobachtende Radikalisierung in der islamischen Welt bis auf den osmanischen Misserfolg der Belagerung von Wien (1683) zurückführt. 2009 werden Albanien und Kroatien in die EU „aufgenommen“ – ist das nur ein Übersetzungsfehler?

Aber interessante Gesichtspunkte weist der Schlusstext auch auf. Die EU sei „nicht für die Mobilisierung geschaffen, sondern für die Aufweichung von Macht“ – wie das späte Heilige Römische Reich, das historisch gebildete Schwärmer als ein Vorbild für das vereinigte Europa reklamieren. Die „deutsche Frage“ sei auch heute wesentlich für das Vorankommen der EU, denn „der Euro, der eingeführt worden war, um Deutschland zu zügeln, hatte es stattdessen noch mächtiger gemacht“. Und die EU sei strategisch ausgebremst nicht etwa durch den militärischen Ehrgeiz Deutschlands, sondern im Gegenteil durch dessen Fehlen. Die EU müsse zu einem kompakten internationalen Akteur werden, insbesondere auf militärischem Gebiet.

Da teilt der Professor aus Cambridge auf der so überaus europaskeptischen Insel das französische Credo von „Europe Puissance“.

BERND RILL



Jesse, Eckhard / Mayer, Tilman (Hrsg.): Deutschland herausgefordert. Berlin: Duncker & Humblot 2014, 241 Seiten, € 89,90.

Die Gesellschaft für Deutschlandforschung hatte sich in ihrer Jahrestagung 2013 das Ziel gesetzt, die wesentlichen Herausforderungen zu diskutieren, vor denen Deutschland steht. Eine erfreulich weite Perspektive, die sich auch in dem Sammelband wiederfindet, in dem diese Tagung dokumentiert ist. Er versammelt lesenswerte Beiträge, die zu weit überwiegenden Teilen faktenreich und aktuell sind und eigene Thesen und Interpretationen nicht scheuen.

Die Herausgeber geben in ihrem Vorwort die Marschrichtung vor: Die wesentlichen Herausforderungen unseres Landes können heute nicht mehr allein bewältigt werden, aber auch in Zeiten der wachsenden europäischen Einigung sind nationale Lösungen unumgänglich – „... ohne nationale Lösungen sollten wir uns auch keine Zukunft vorstellen“ (S. 9). Der (leider etwas knappe) Aufsatz von Hans-Jürgen Papier über die Zukunft der Staatlichkeit im vereinten Europa baut darauf auf. Seine These: Entweder Ausbau zum Europäischen Bundesstaat oder Zerfall Europas sei eine Scheinalternative. „Man muss vielmehr ... darauf achten, dass Europa nicht an einer Überdi-

mensionierung seiner Staatlichkeit scheitert, zu einem von oben oktroyierten Super-Staat ohne Volk und damit ohne wirkliche Volksherrschaft wird“ (S. 18). Roland Sturm geht in seinem Beitrag über Deutschland in der EU ebenfalls der Frage nach, ob wir auf dem Weg zu einem vereinten Europa seien. Er beklagt, wie sehr die Debatten mittlerweile zu einem „Elitendiskurs“ geworden sind. Dieser ist mit seiner eigenen Kunstsprache einerseits notwendig, um überhaupt zu tragfähigen Kompromissen in der Europapolitik zu kommen, trägt aber andererseits zum Demokratiedefizit und zur Entfremdung von Europa bei. Erich Weede stellt in seinem Aufsatz die Frage nach der drohenden Überlastung Deutschlands in der Eurokrise und gibt eine klare Antwort: Angesichts zahlreicher von ihm analysierten Schwächen und Problemfeldern (von der Demographie über die Verschuldung, der Subventionspolitik bis zu vielen selbst induzierten politischen Fehlentwicklungen wie vor allem der Euro-Rettung) konstatiert er, man müsse durchaus Angst vor der Überlastung Deutschlands haben. Reinhard Meier-Walser analysiert die Herausforderungen, vor denen die deutsche Außenpolitik steht. Einerseits ist nach der Wiedervereinigung die außenpolitische Rolle Deutschlands – ob das die Deutschen wollen oder nicht – größer geworden und es wird auf diesem Gebiet auch mehr von Deutschland erwartet. Allerdings weist die deutsche Außenpolitik heute eher ein „fragmentiertes Profil“ (S. 73) auf, so dass sich noch nicht geklärt hat, inwieweit Deutschland in multinationalen Aktionen wirklich zu einer „verantwortliche[n] kooperative[n] Führung“ (S. 80) in der Lage ist – ganz abgesehen davon, dass demoskopische

Analysen hier auf eine große Zurückhaltung in der deutschen Bevölkerung schließen lassen.

Aber auch die innenpolitischen Herausforderungen sollten nicht unterschätzt werden. Eckhard Jesse fragt, inwieweit der Wandel des deutschen Parteiensystems und des Koalitionsgefüges eine Herausforderung für die deutsche Demokratie darstellt. Auch wenn sich SPD wie Union in der letzten Bundestagswahl verbessern konnten und CDU und CSU sogar der Alleinregierung nahe kamen, wird der Zwang und die Bereitschaft zunehmen, mit Kräften aus dem anderen politischen Lager zu koalieren. Auch ein Fünfparteiensystem würde das System der Koalitionsbildung nicht grundsätzlich erschweren. Die Wahlrechtsfrage könnte hingegen das System der politischen Partizipation und die deutsche Parteiendemokratie insgesamt durcheinander wirbeln: Niels Dehmel lässt die Reformdebatten Revue passieren und geht davon aus, dass auch das aktuelle Bundeswahlgesetz nicht das Ende der Debatte sein wird. Eine Abschaffung der 5%-Sperrklausel für Bundestagswahlen lehnt der Autor ab – ein Abgehen davon wäre wirklich eine fundamentale Herausforderung für die repräsentative Demokratie in Deutschland.

Thomas Petersen zeigt in seinem Beitrag auf, wie lange Einstellungsmuster, die in autoritären oder diktatorischen Regimen erworben und oktroyiert wurden, nachwirken. So konnten sich in Deutschland Einstellungsdimensionen einer Untertanenkultur nach 1945 oder der Skepsis gegenüber Freiheit und Marktwirtschaft auch nach 1990 lange halten. Er vertritt sogar die These, dass die Bewältigung der Auswirkungen des SED-Staates auf die Menschen erst etwa

Mitte des Jahrhunderts vollständig verschwunden sein werden. Tom Manne- witz belegt, dass die politische Kultur in Deutschland generell die wesentlichen Elemente des demokratischen Verfas- sungsstaats bejaht, aber dennoch Ele- mente von Illiberalität aufweist. Im Ü- brigen kann er belegen, dass die Ableh- nung des Rechtsextremismus in Deutschland weitaus stärker ausgeprägt ist als die des Linksextremismus. Tilman Mayer stellt sich der Aufgabe, Demographie, Demoskopie und Demo- kratie als einheitlichen Analysegegen- stand zu betrachten. Die Demokratie wird von verschiedenen Seiten in Frage gestellt. Er sieht daher die „Arbeit am Demos“ als Frage der Wahrnehmung, „dass der Demos der Demokratie nicht mehr garantiert wird, keine statische Struktur mehr ist, sondern dass wir ei- nen Prozess vor uns haben“ (S. 183). Vor allem die Frage der Kohäsion der Gesell- schaft müsse dabei im Mittelpunkt ste- hen. Christine Schirmacher geht der Frage nach, inwieweit der Islam in Deutschland eine Herausforderung dar- stellt. Dabei wird schnell deutlich, wel- che Rolle der politische Islam oder Isla- mismus spielt, den die Autorin anhand des Einflusses des Theologen Yusuf an- Quaradwi darlegt. Auf diesem Feld ist wohl am meisten in Fluss: Ein Großteil der Muslime in Deutschland – fast drei viertel – wird durch muslimische Orga- nisationen nicht erfasst; die Anzahl der nicht integrierten Muslime wächst und das Potenzial für eine Radikalisierung unter den Muslimen in Deutschland wird von Experten mit 400.000 bis 500.000 Menschen angegeben. Die Ak- zeptanz von Demokratie und Freiheits- rechten durch alle Muslime sieht sie als die entscheidende Herausforderung. Markus Gloe gibt in seinem Beitrag ei-

nen Überblick über die Entwicklung der Bildungspolitik in Deutschland und sieht dort noch beachtliche Defizite, vor allem was die Effektivität und Durchläs- sigkeit angeht – und dies nach Jahrzehnten intensiver wissenschaftlicher Dis- kussion und Reformen: Bei kaum einer Wahl in Deutschland wird das Themen- feld Schule und Bildung nicht ganz oben auf der Liste der wichtigsten Themen genannt. Thomas Krüger gibt schließ- lich einen Abriss über die Rahmenbe- dingungen heutiger politischer Bildung und betont zu Recht die Notwendigkeit, diverse Zielgruppen ansprechen zu müssen. Dabei kommt eben oft – wie von Krüger beklagt – die außerschuli- sche Bildung zu kurz und wird mit der schulischen zu wenig koordiniert. Gerade angesichts der Notwendigkeit der In- tegration der zu wenig Integrierten wäre dies von großer Bedeutung.

Fazit: Ein material- und gedanken- reicher Sammelband – weit entfernt von einer „Pflichtdokumentation“ einer Jah- restagung einer wissenschaftlichen Ge- sellschaft. An den dort umrissenen Her- ausforderungen werden wir noch lange zu arbeiten haben.

GERHARD HIRSCHER
